

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 16. Dezember 2010

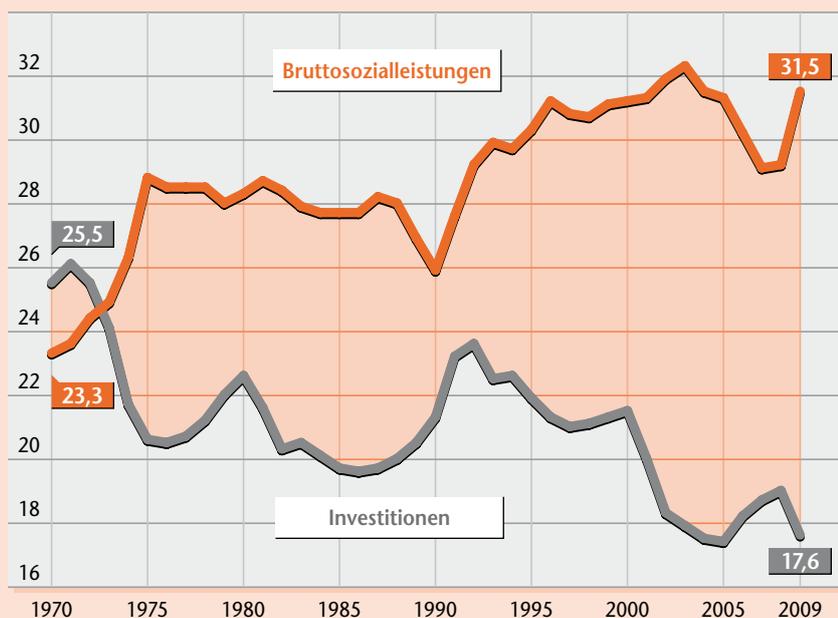
Investitionen kommen zu kurz

Im Jahr 2009 machten die staatlichen Ausgaben für Renten, Gesundheit, Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen 31,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Für die Anschaffung neuer Maschinen oder den Bau von Werkhallen, Schulen und Krankenhäusern setzten Unternehmen und Staat nur 17,6 Prozent des BIP ein. Zwar sind die beiden Posten nicht scharf voneinander zu trennen – so taucht das neue Röntgengerät als Investition in der amtlichen Statistik auf, aber mittelbar auch bei den Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung. Außerdem sind die

Werte für 2009 von der Rezession geprägt. Dies ändert jedoch nichts am generellen Trend: Seit den 1970er Jahren ist die Investitionsquote deutlich hinter den Sozialleistungsanteil am BIP zurückgefallen. Dabei schaffen Investitionen erst die Voraussetzung für künftige Einkommen, mit denen letztlich der Sozialstaat finanziert wird. Um die Investitionsbedingungen für die Unternehmen zu verbessern, sollte der Staat daher die degressive Abschreibung wieder einführen. Zudem dürfen die öffentlichen Haushalte nicht auf Kosten des Investitionsbudgets konsolidiert werden.

Investitionen und Sozialleistungen: Aus der Balance geraten

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Bis 1990: nur Westdeutschland; Investitionen: Ausrüstungs-, Bau- und sonstige Investitionen der Unternehmen und des Staates; Brutto-sozialleistungen: staatlich veranlasste Leistungen zur sozialen Sicherung, z.B. Sozialversicherungen (Renten-, Krankenversicherung etc.), Sozialhilfe oder Entgeltfortzahlung des Arbeitgebers im Krankheitsfall, 2008 vorläufig, 2009 geschätzt; Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistisches Bundesamt

In dieser Woche

Konjunktur: Obwohl die deutsche Wirtschaft wieder wächst, sorgen sich die Unternehmen: Mehr als die Hälfte der Betriebe sieht in höheren Energie- und Rohstoffpreisen eine große Gefahr, auch steigende Löhne und Arbeitskosten betrachten viele als erhebliches Konjunkturrisiko. Seite 2

Bildung & Ausbildung: In vielen Fakultäten sind die neuen Studienabschlüsse bereits Realität. Nur die Medizin- und Sportstudenten machen noch vergleichsweise selten einen Bachelor- oder Masterabschluss. Auch die Lehrerausbildung verläuft noch weitgehend nach dem alten Muster. Seite 3

Städteranking: München ist zum wiederholten Male Sieger des Städterankings, das die IW Consult im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswoche erstellt hat. Besonders dynamisch entwickelten sich auch die neuen Länder. Seite 4-5

Hochschulen: Mit der Autonomie ist es noch nicht weit her: Von den 300 staatlichen deutschen Fachhochschulen und Universitäten haben erst wenige den Weg in die Eigenständigkeit gefunden – zum Beispiel die TU Darmstadt sowie einige Stiftungshochschulen. Seite 6

Effektivverdienste: Wie hoch das Lohnplus ausfällt, hängt von der Leistungsgruppe ab: Hochqualifizierte Arbeitnehmer konnten zuletzt einen Lohnzuwachs von rund 10 Prozent verbuchen. Für angelernte oder ungelernete Arbeitnehmer fiel das Plus mit rund 5 Prozent deutlich geringer aus. Seite 7

Estland: Anfang Januar führt Estland den Euro ein. Für die 1,3 Millionen Einwohner kommt der Währungswechsel allerdings zu einem schwierigen Zeitpunkt, denn die Wirtschaftskrise hat die Arbeitslosigkeit auf rund 17 Prozent nach oben schnellen lassen. Seite 8

Konjunktur

Aufschwung mit Nebenwirkungen

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Erholungskurs. Doch der Aufschwung hat auch Schattenseiten. Die Unternehmen befürchten, dass Rohstoffe knapper und teurer werden, dass die Arbeitskosten steigen und sie die benötigten Fachkräfte nicht finden. Schließlich ist auch der Staat für die Unternehmen ein Unsicherheitsfaktor, denn er will womöglich höhere Steuern kassieren.

Welche konjunkturellen Risiken ihnen in Einzelnen Sorgen bereiten, haben gut 1.800 Unternehmen im Rahmen der Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) vom Oktober 2010 geschildert (Grafik):

Rohstoffe. Steigende Energie- und Rohstoffpreise werten 60 Prozent der Unternehmen als hohes geschäftliches Risiko. Nur für 9 Prozent der Unternehmen spielt die Entwicklung an den Energie- und Rohstoffmärkten keine Rolle. Dies sagen ost- und westdeutsche Firmen einhellig. Allerdings sehen sich große Unternehmen und vor allem Industriebetriebe durch teureres Öl oder teurere Edelmetalle besonders stark beeinträchtigt.

Die sichere Versorgung mit Rohstoffen und Materialien hat für ein Drittel der befragten Betriebe eine hohe Bedeutung. Gut ein weiteres Drittel misst solchen Kapazitätsengpässen eine geringe Rele-

vanz zu; lediglich 30 Prozent der Firmen sehen hier überhaupt kein Risiko.

Damit belegt die Sorge um die Rohstoffpreise und -versorgung im Risikoprofil der Unternehmen den ersten und den dritten Rang.

Arbeitskosten. Zwar stehen die Zeichen überaus gut, dass die Unternehmen den durch die Krise hervorgerufenen Produktionseinbruch im Laufe des kommenden Jahres wieder wettmachen werden, noch haben aber viele Betriebe ihr Normalgeschäft nicht wieder erreicht. Aus Sorge davor, im Aufschwung nicht genügend Fachkräfte zu finden, hatten die Firmen ihre Belegschaft aber in der Krise weitgehend gehalten, sodass Produktionsniveau und Beschäftigungsstand in vielen Industrieunternehmen noch nicht im Einklang sind. Umso kritischer bewerten die Firmen deshalb Forderungen nach kräftigen Lohnzuwächsen:

Schießen die Löhne nun in die Höhe, würde dies Beschäftigung, Einkommen und schließlich auch die Konsumentwicklung gefährden.

Steigende Löhne und höhere Arbeitskosten bedeuten daher für 37 Prozent der Unternehmen im gegenwärtigen Aufschwung ein erhebliches Konjunkturrisiko. Weitere 54 Prozent der Firmen bewerten eine Verteuerung der Arbeitsleis-

tungen in begrenztem Maße als kritisch. Lediglich ein Zehntel der Betriebe sorgt sich nicht um steigende Arbeitskosten.

Fachkräftemangel. Gleichwohl befürchten einige Unternehmen, im laufenden Aufschwung nicht genügend qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Für knapp jeden vierten Betrieb haben Kapazitätsengpässe bei den Arbeitskräften eine hohe, für knapp ein Drittel der Firmen jedoch keine Bedeutung.

Die differenzierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland spiegelt sich auch im Bedarf an neuen Maschinen und Fertigungsanlagen wider:

Während manche Unternehmen bereits an ihre Grenzen stoßen, können andere mit der gegenwärtigen Auftragslage ihre vorhandenen Produktionskapazitäten noch nicht wieder auslasten.

Nur ein Zehntel der Unternehmen misst Kapazitätsengpässen beim Sachkapital derzeit viel Bedeutung bei. Die Hälfte der Unternehmen sieht dagegen nicht, dass sie ihre Produktion aufgrund fehlenden Sachkapitals einschränken müsste.

Finanzierung. In der Öffentlichkeit wird viel über eine drohende Kreditklemme diskutiert. Doch höhere Finanzierungskosten und Finanzierungsengpässe – etwa durch eine eingeschränkte Kreditvergabe der Banken – spielen derzeit nur für gut ein Fünftel der Unternehmen eine große Rolle. Für zwei Fünftel der Betriebe ist dies ohne Belang. Kleine und mittelgroße Unternehmen messen den Finanzierungsrisiken eine etwas höhere Bedeutung bei als große Unternehmen.

Wirtschaftspolitik. Ein Viertel der Unternehmen sorgt sich, dass sich die Wirtschaftspolitik für sie verschlechtern könnte. Vor allem wird befürchtet, dass der Staat die Steuern für Unternehmen und private Haushalte anheben wird, um seinen Haushalt konsolidieren zu können. Nur 22 Prozent der befragten Unternehmen sehen darin überhaupt kein Risiko für das eigene Geschäft.

Konjunktur: Firmen befürchten Kostenanstieg

Für so viel Prozent der befragten Unternehmen haben diese Risiken für den Konjunkturaufschwung

■ eine hohe Bedeutung ■ eine geringe Bedeutung ■ keine Bedeutung

Ansteigende Energie- und Rohstoffpreise	60	31	9
Arbeitskostenanstieg	37	54	10
Kapazitätsengpässe bei Rohstoffen/ Materialien	33	37	30
Schlechtere Angebotsbedingungen durch die Wirtschaftspolitik	26	52	22
Kapazitätsengpässe bei den Arbeitskräften	23	48	29
Höhere Finanzierungskosten	23	40	37
Euro-Aufwertung	22	48	30
Finanzierungsengpässe	21	39	41
Kapazitätsengpässe beim Sachkapital	10	43	48

Quelle: IW-Befragung von 1.355 Unternehmen in Westdeutschland und 451 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2010

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bachelorabschluss: Noch nicht überall Usus

Eigentlich hätte die Umstellung auf die neuen gestuften Studienabschlüsse bis 2010 abgeschlossen sein sollen. Tatsächlich führen aber derzeit erst 82 Prozent aller Studiengänge an deutschen Hochschulen zu einem Bachelor- oder Masterabschluss. In manchen Fächern befindet sich der Umbau sogar noch im Anfangsstadium.

Zahl der Bachelorstudiengänge. Mit einem Bachelorabschluss enden mittlerweile 45 Prozent aller Studiengänge. Deutlich mehr sind es nur in Hamburg, wo sechs von zehn Studienangeboten zum neuen Erstabschluss führen. In Mecklenburg-Vorpommern dagegen mündet gerade mal knapp ein Drittel der Studiengänge in den Bachelor.

Zulassungsbeschränkungen. Kürzere Regelstudienzeiten führen nicht automatisch zu einem größeren Angebot an Studienplätzen, wie die Zahl der Zulassungsbeschränkungen zeigt: Bundesweit existiert für jeden zweiten Bachelorstudiengang ein hochschuleigener Numerus clausus. Besonders eng ist es in Hamburg, wo 85 Prozent der Bachelorstudiengänge zulassungsbeschränkt sind. In Ostdeutschland macht es hingegen der demografisch bedingte Rückgang der Schülerzahlen vielerorts überflüssig, den Strom an Erstsemestern zu regulieren.

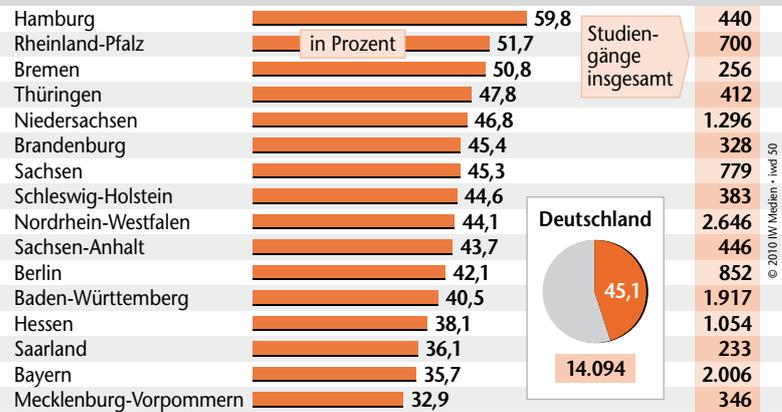
Zahl der Absolventen. Fast jeder vierte Hochschulabsolvent erwarb 2009 bereits einen Bachelorabschluss. Besonders häufig bekamen die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaftler dieses Zertifikat. In Kunst, Sport und Medizin dagegen ist die Bologna-Reform erst teilweise angekommen. Gleiches gilt für die Ausbildung von Pädagogen: Nur ein Drittel der Lehramtsstudiengänge führt derzeit zum Bachelor. Im Saarland ist es für Lehramtsstudenten bislang überhaupt nicht möglich, einen Bachelorabschluss zu erlangen; in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen geht dies nur für bestimmte Schulformen oder im Pilotversuch.



Bildung & Ausbildung

Bachelorstudium: Hamburg vorn

Anteil der Bachelorstudiengänge an allen Studiengängen im Wintersemester 2010/2011

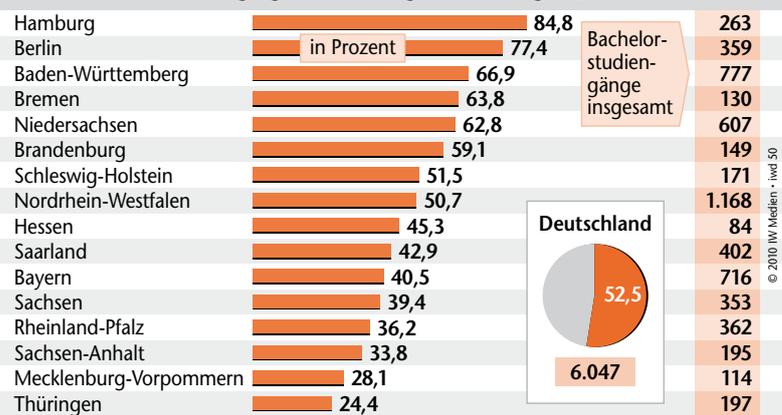


Ursprungsdaten: Hochschulrektorenkonferenz

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Bachelorstudium: Im Osten meist offen

Anteil der Bachelorstudiengänge mit Zulassungsbeschränkung im Jahr 2009

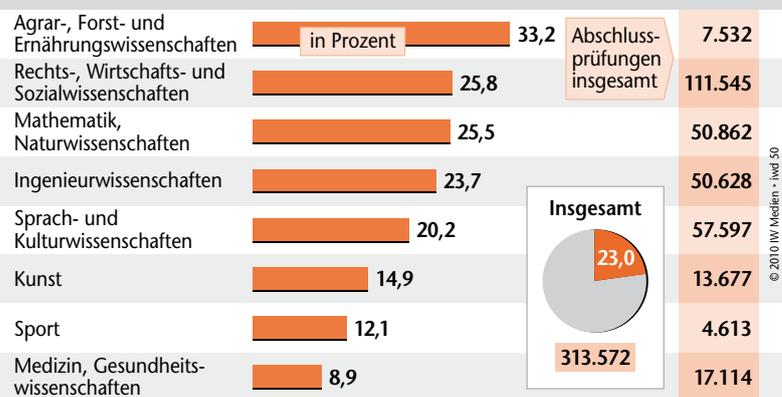


Ursprungsdaten: Hochschulrektorenkonferenz

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Studienabschluss: Antiquierte Mediziner

Anteil der Studienabsolventen mit einem Bachelorabschluss im Jahr 2009



Abschlussprüfungen insgesamt: ohne Promotionen; insgesamt: einschließlich der Studienfächer, die außerhalb der genannten Fachgruppen angeboten werden
Quelle: Hochschulrektorenkonferenz

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Städteranking

Der Osten macht Boden gut

Die neuen Länder sind besonders dynamisch und holen gegenüber dem Westen auf. Dies ist eines der zentralen Ergebnisse des Städterankings 2010 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswoche. Es zeigt außerdem, dass der Süden Deutschlands seine Spitzenposition noch verteidigt, während die großen NRW-Städte den Anschluss zu verlieren drohen.

Bereits seit 2004 gibt es das Städteranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – kurz INSM – und der Wirtschaftswoche. Bislang analysierte und bewertete es die 50 größten Städte

Deutschlands. In diesem Jahr wurden erstmals die 100 einwohnerstärksten kreisfreien Städte verglichen. Ebenfalls zum ersten Mal hat die Studie die 20 größten Cityregionen unter die Lupe genommen.

Das Ranking soll vor allem klären, wo in Deutschland das Wohlstandsniveau am höchsten ist und welche Städte die höchste wirtschaftliche Dynamik haben und sich am besten entwickeln.

Dafür haben die Wissenschaftler der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult), die die Städte im Auftrag der INSM und der Wirtschaftswoche analysiert hat, das Ranking in eine Niveau-, eine Dynamik- und eine Gesamtbetrachtung aufgeteilt. Zur Bewertung des Wohlstandsniveaus haben die Experten 57 Einzelindikatoren für jede Stadt abgefragt. In das Dynamikranking flossen 35 Bewertungskriterien ein. Im Einzelnen:

Niveauranking. Den Niveauindex beeinflussen vor allem Variablen, die den Wohlstand vor Ort und die Arbeitsmarktsituation beschreiben.

Ein Ergebnis ist dabei seit der ersten Erhebung 2004 gleichgeblieben: München liegt beim Niveauvergleich aller Städten noch immer an der Spitze (Tabelle).

Innerhalb der Top Ten gab es ansonsten aber einige Veränderungen – vor allem, weil im aktuellen Ranking doppelt so viele Städte untersucht wurden wie in den vergangenen sechs

Jahren. So haben kleinere Zentren wie Ingolstadt oder Ulm die großen Metropolen wie Düsseldorf oder Frankfurt am Main aus der Spitzengruppe verdrängt.

Immer noch dominieren beim Niveauranking die Städte aus Süddeutschland. Sie belegen neun der zehn ersten Plätze.

Der Erfolg einer Stadt wird im Wesentlichen von drei Faktoren beeinflusst: – Soziale Lage: Eine ungünstige Sozialstruktur mit einem hohen Anteil von ALG-II-Beziehern oder verschuldeten Haushalten hat einen deutlichen negativen Einfluss.

– Potenzialfaktoren: Leben in einer Stadt viele gut ausgebildete Bürger und

Das Münchner Niveau bleibt unerreicht

Die Top-Ten-Städte im Niveauranking



1.	München	Bayern
2.	Erlangen	Bayern
3.	Ingolstadt	Bayern
4.	Ulm	Baden-Württemberg
5.	Wolfsburg	Niedersachsen
6.	Baden-Baden	Baden-Württemberg
7.	Stuttgart	Baden-Württemberg
8.	Landshut	Bayern
9.	Aschaffenburg	Bayern
10.	Kempten im Allgäu	Bayern

Unter anderem der Einkommenssteuerkraft seiner Bürger hat es München zu verdanken, dass es auch weiterhin Klassenbester im Niveauranking ist. Mit durchschnittlich 586 Euro Einkommenssteuer je Einwohner und Monat liegt die Stadt deutlich über dem Mittelwert – der lag im Jahr 2008 bei 325 Euro. Ebenfalls für München spricht die enge Vernetzung von globalen Konzernen, den beiden Exzellenz-Universitäten und kleinen Wissenschaftsmieden – zum Beispiel in der Biotechnologie.

Niveauranking: Bewertet wurden die absoluten Größen in Bezug auf den Wohlstand und die Situation am Arbeitsmarkt, also beispielsweise der Anteil der über 18-Jährigen, die privat überschuldet sind, oder der Anteil der über 55-Jährigen mit einem sozialversicherungs-pflichtigen Job
Quelle: IW Consult Städteranking 2010

Stralsund nutzt sein Potenzial

Die Top-Ten-Städte im Dynamikranking



1.	Stralsund	Mecklenburg-Vorpommern
2.	Bayreuth	Bayern
3.	Greifswald	Mecklenburg-Vorpommern
4.	Bamberg	Bayern
5.	Frankfurt (Oder)	Brandenburg
6.	Hof	Bayern
7.	Weimar	Thüringen
8.	Ingolstadt	Bayern
9.	Bremerhaven	Bremen
10.	Neubrandenburg	Mecklenburg-Vorpommern

Besonders die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hat Stralsund an die Spitze gebracht: Während die Arbeitslosenquote im Schnitt der Städte um 2,3 Prozentpunkte sank, ging sie in Stralsund um 7,8 Prozentpunkte zurück. Im Gleichklang dazu stieg die Einkommenssteuerkraft je Einwohner von 2004 bis 2008 um 89,1 Prozent und pro Kopf legte das Bruttoinlandsprodukt um 26,5 Prozent zu.

Dynamikranking: Bewertet wurde die Entwicklung der einzelnen Städte im Zeitraum 2004 bis 2009
Quelle: IW Consult Städteranking 2010

verfügt die Metropole über eine gute und vielseitige Wirtschaftsstruktur, fördert das den Wohlstand.

– Verwaltung: Wirtschaftsfreundliche Städte mit einer modernen Verwaltung, die schnell und transparent arbeitet und Unternehmen effizient unterstützt, sind im Durchschnitt erfolgreicher.

Dynamikranking. Wie gut sich eine Stadt auf veränderte Rahmenbedingungen einstellt und wie gut sie sich entwickelt, beeinflusst ihr Abschneiden im Dynamikvergleich. Hier hat sich Stralsund an die Spitze geschoben (Tabelle Seite 4).

Insgesamt haben beim Dynamikranking Städte aus den neuen Bundesländern sowie aus Ost- und Nordbayern die Nase vorn.

Die Analysten der IW Consult sehen dies als Anzeichen dafür, dass der Konvergenzprozess zwischen den größeren deutschen Städten in Ost und West voranschreitet – allerdings deutlich langsamer, als nach der Wiedervereinigung erwartet.

Gesamtranking. Mit den noch immer großen Unterschieden zwischen Dynamik- und Niveauranking lässt sich denn auch die Gesamtbewertung im Städtevergleich erklären, für die die Ergebnisse beider Ranglisten addiert wurden. So wirkt sich das Niveauranking entsprechend negativ auf die Gesamtbewertung der ostdeutschen Städte aus. Am besten schneidet in der Summe Erlangen ab, gefolgt von Ingolstadt und Ulm (Tabelle).

Auffallend ist, dass in der Gesamtwertung erneut süddeutsche Städte dominieren. Demnach gelingt es ihnen besonders gut, vom bereits Erreichten zu zehren, sich aber auch weiterzuentwickeln.

Auf den hinteren Plätzen liegen hingegen viele Städte Nordrhein-Westfalens – während ostdeutsche Städte deutlich besser dastehen als früher: Zwar schneiden sie in der Beurteilung des Niveaus noch immer relativ schlecht ab, doch weil sie sich – wie Dynamik-Spitzenreiter Stralsund – von 2004 bis 2009 besonders positiv entwickelt haben, konnten sie Boden gutmachen und sind in der Gesamtbewertung nicht mehr die Schlusslichter.

City-Regio-Ranking. Die IW Consult hat das Städteranking 2010 außerdem um das City-Regio-Ranking erweitert. Das hat einen wirtschaftspolitischen Hintergrund: Die Städte Hannover, Saar-

brücken und Aachen haben keinen Status als kreisfreie Stadt – sie haben sich in der Vergangenheit mit dem jeweils angrenzenden Landkreis zusammengeschlossen und sind nach offizieller Wortlaut „kommunale Verbände besonderer Art“ oder „Regionalkreise“.

Da im Städteranking aber nur kreisfreie Städte erfasst sind, finden sich die

Erlangen überzeugt

Die Top-Ten-Städte im Gesamtranking



1.	Erlangen	Bayern
2.	Ingolstadt	Bayern
3.	Ulm	Baden-Württemberg
4.	München	Bayern
5.	Aschaffenburg	Bayern
6.	Wolfsburg	Niedersachsen
7.	Bamberg	Bayern
8.	Rosenheim	Bayern
9.	Kempten im Allgäu	Bayern
10.	Baden-Baden	Baden-Württemberg

In Erlangen haben 26,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss. Das sind so viele wie nirgendwo sonst. Auf 100 Einwohner kommen in Erlangen statistisch betrachtet nur 3,2 Empfänger von Arbeitslosengeld II – keine andere Stadt erreicht einen solch niedrigen Wert. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg in Erlangen von 2004 bis 2008 um 17,7 Prozent, während es im Mittel nur um 11,6 Prozent zulegte. Gleichzeitig gab es auch mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze: Die Zahl erhöhte sich in Erlangen von 2004 bis 2009 um 7,5 Prozent – der Durchschnitt lag bei lediglich 3,1 Prozent.

Gesamtranking: Die Punkte aus Dynamik- und Niveauranking wurden addiert. Städte, die sich besonders dynamisch entwickelten, schnitten deshalb gegebenenfalls besser ab als im Niveauranking. Andererseits rutschten Städte, die zwar ein hohes Niveau haben, aber sich nicht weiterentwickeln, in der Gesamtwertung nach unten
Quelle: IW Consult Städte-ranking 2010



drei Städte dort nicht wieder. In diesem Jahr hat die IW Consult deshalb einen zusätzlichen Regionenvergleich erstellt. Dieser ermöglicht es, die Regionen Aachen, Hannover und Saarbrücken nach einem einheitlichen Verfahren mit anderen „City-Regionen“ zu vergleichen. Wie diese festgelegt und voneinander abgegrenzt wurden, beruht auf einer Methode der Universität Kassel: Es werden die hinsichtlich ihrer Einwohnerzahl größten zusammenhängenden Wirtschaftsräume bzw. Arbeitsmarktregionen untersucht – Grundlage sind die Intensitäten der Pendlerströme zwischen den einzelnen Kreisen.

So zehrt denn auch der dynamischste Standort, die Region Nürnberg, insbesondere vom Schwung Erlangens. Generell gilt:

Von starken Metropolen wie München, Stuttgart oder Frankfurt am Main profitiert auch das direkte und wirtschaftlich verflochtene Umland.

Neben dem wenig überraschenden Gesamtergebnis, das vor allem dem Süden Deutschlands starke Metropolregionen attestiert, sind jedoch die deutlichen Unterschiede bei einzelnen Indikatoren des Rankings auffallend:

Die verfügbaren Einkommen in den süddeutschen Topregionen sind um mehr als ein Drittel höher als in den ostdeutschen Cityregionen; bei der Steuerkraft und bei den Arbeitslosenquoten ist das Gefälle noch größer.

Doch nicht nur der Osten kann mit den Spitzenreitern nicht mithalten: Auch die Einzugsgebiete von Dortmund, Essen und Aachen schneiden unterdurchschnittlich ab. Besonders kritisch ist die Entwicklung im Zeitverlauf zu bewerten: Während die ostdeutschen Standorte ihre Kennzahlen zuletzt überdurchschnittlich verbessern konnten, belegten die Cityregionen Dortmund, Essen und Aachen nur Platzierungen zwischen Rang 15 und 20.

Die schwache Dynamik im Westen zeigt sich auch im Gesamtergebnis der Regionen Düsseldorf und Köln/Bonn: Sie konnten sich nur durch das noch vorhandene Wohlstandsniveau, nicht aber durch aktuelle Entwicklungen ins Mittelfeld retten.

Weitere Informationen gibt es unter: www.insm-staedteranking.de

Hochschulen

Meist nur begrenzt autonom

Mehr Gestaltungsspielräume, so lautete das Ziel der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes 1998. Seitdem können Unis und Fachhochschulen freier über Budget, Personal sowie die Auswahl der Studenten entscheiden, auch die Rechtsform und Entscheidungsabläufe sind variabel – zumindest auf dem Papier. Tatsächlich verhindern viele Landesregierungen mehr Eigenständigkeit an ihren akademischen Lehranstalten.

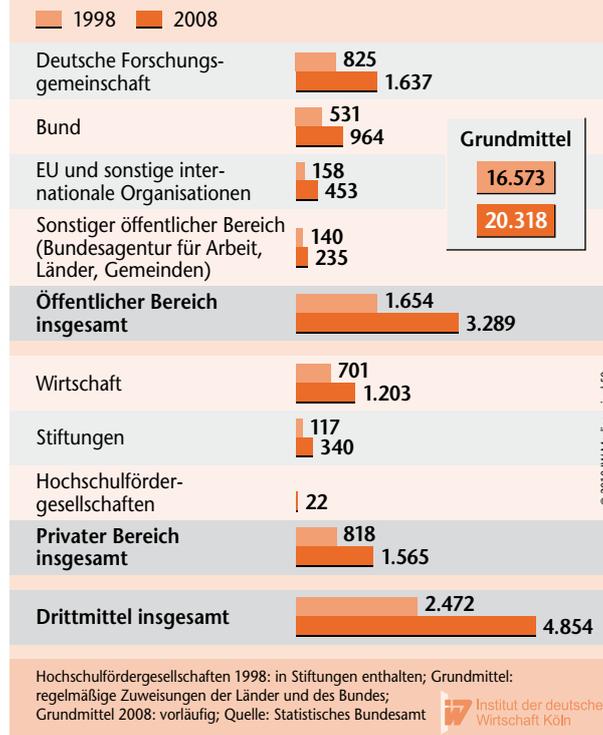
Im Prinzip können Universitäten mittlerweile selbstständig ihre Rechtsform – zum Beispiel in eine Stiftung oder GmbH – verändern, die inneren Organisationsabläufe frei umstrukturieren und flexibel über ihr Budget verfügen. Auch Stellenpläne und Lehrkapazitäten dürfen die Universitäten und Fachhochschulen flexibel festlegen, Studenten zumindest zum Teil gezielt auswählen sowie Dozenten und Professoren eigenständig berufen.

Tatsächlich aber ist das Gros der 300 staatlichen deutschen Hochschulen von diesem Grad der Eigenständigkeit weit entfernt. Denn bislang ermöglicht nur Nordrhein-Westfalen mit seinem „Hochschulfreiheitsgesetz“ all seinen akademischen Lehrbetrieben eine solche Autonomie. Andere Bundesländer sind da deutlich restriktiver. In Hessen etwa erhielten seit 2005 lediglich zwei Hochschulen mehr Entscheidungsspielräume durch Sondergesetze, nämlich die TU Darmstadt und die Goethe-Universität in Frankfurt. Auch weiteren sechs Stiftungshochschulen in Brandenburg und Niedersachsen wurden solche Sonderregelungen zugebilligt.

Die Hochschulautonomie steckt also noch in den Kinderschuhen. Dabei ist eigenständiges Handeln dringend erforderlich – vor allem beim Thema Finanzen. Denn die Hochschulen sind zunehmend auf alternative Geldquellen ange-

Hochschulfinanzen: Deutlich mehr Drittmittel

So viele Millionen Euro nahmen die Hochschulen in Deutschland von diesen Institutionen an Drittmitteln ein



wiesen, um ihren Betrieb aufrechterhalten zu können. Aktuell müssen viele Unis und FHs mit weniger Mitteln zurechtkommen: In Hessen wird der Hochschuletat im kommenden Jahr um 30 Millionen Euro gekürzt und auch in Brandenburg stehen Streichungen in Höhe von 10 Millionen Euro an.

Eine ergiebige Quelle für die Aufstockung der Uni- und FH-Finanzpolster sind Drittmittel – also solche Gelder, die zur Förderung der Forschung und Lehre zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt eingeworben werden. Deren Entwicklung war zuletzt erfreulich (Grafik):

Während die staatlichen Grundmittel zwischen 1998 und 2008 lediglich um 23 Prozent wuchsen, betrug das Plus bei den Drittmitteln im selben Zeitraum 96 Prozent.

Insgesamt konnten die Hochschulen im Jahr 2008 fast 4,9 Milliarden Euro an Drittmitteln einnehmen. Das Geld kam sowohl von staatlichen als auch von

privaten Institutionen. Größter staatlicher Drittmittelgeber war mit zuletzt 1,6 Milliarden Euro die von Bund und Ländern finanzierte Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Immer wichtiger werden bei den öffentlichen Drittmitteln auch Mittel aus EU-Projekten. Die eingeworbenen Beträge haben sich zwischen 1998 und 2008 nahezu verdreifacht.

Die privaten Geldgeber sind ebenfalls eine wichtige Finanzquelle für die Hochschulen: Jeder dritte zusätzliche Euro stammt aus einer privaten Schatulle. Vor allem die Unternehmen, die 2008 insgesamt rund 1,2 Milliarden an die Hochschulen vergaben, stützen damit massiv Lehre und Forschung. Weitere 340 Millionen Euro sind dem Engagement der Stiftungen zu verdanken, die meist auf unternehmerisch erworbenem Vermögen basieren. Hinzu kommt privates Geld von zufriedenen Absolventen – insgesamt 22 Millionen Euro konnten die Hochschulfördergesellschaften 2008 einnehmen.

Zusätzlich zu den Drittmitteln bessern die Hochschulen ihre Finanzen durch Studiengebühren auf – im Jahr 2008 summierten sich diese auf bundesweit 1,2 Milliarden Euro.

Zusätzlich zu den Drittmitteln bessern die Hochschulen ihre Finanzen durch Studiengebühren auf – im Jahr 2008 summierten sich diese auf bundesweit 1,2 Milliarden Euro.

All dies wird jedoch nicht reichen, damit Hochschulen langfristig solide planen können. Sinnvoll wäre es, wenn die Universitäten und Fachhochschulen eigenes Vermögen aufbauen könnten – so, wie dies für die Stiftungshochschulen bereits jetzt möglich ist. So müsste jeder akademische Lehrbetrieb sein Vermögen durch wirtschaftliche Aktivitäten – beispielsweise in der wissenschaftlichen Weiterbildung oder durch die Gründung eigener Unternehmen – mehren können. Auch Beträge, die durch effizientes Wirtschaften eingespart werden können, sollten dem Hochschulbudget zugeführt werden dürfen.

Effektivverdienste

Fachkräfte bekommen mehr Gehalt

Auf mittlere Sicht dürften die Löhne für viele Fachkräfte steigen. Erste Vorboten dieses Prozesses sind bereits erkennbar: Je komplexer die Tätigkeit, desto größer fallen die Lohnzuwächse aus.

Der deutsche Arbeitsmarkt profitiert von der wirtschaftlichen Erholung: Die Bundesregierung rechnet inzwischen für 2010 mit einem Wirtschaftswachstum von mindestens 3 1/2 Prozent. Für das kommende Jahr prognostiziert sie ein Plus von 1,8 Prozent. Von daher ist zu erwarten, dass zunehmend Fachkräfte fehlen und die Unternehmen verstärkt um qualifizierte Arbeitnehmer werben müssen.

Mittelfristig wird die Lohnentwicklung damit immer mehr durch Knappheiten beeinflusst: Tätigkeiten, für die Spezialisten fehlen, müssen höher entlohnt werden als Arbeiten, bei denen das Kräfteangebot die Nachfrage der Unternehmen übersteigt.

Unterschiedliche Gehälter sollen dabei zum einen anzeigen, wie knapp bestimmte Arbeitskräfte sind. Zum anderen müssen die Lohndifferenzen Anreize geben, damit sich genügend Menschen für gefragte Berufe ausbilden lassen.

Grundsätzlich gibt es zwei Wege, wie man durch eine entsprechende Lohnpolitik das Fachkräfteangebot steuern kann: **1. Marktansatz.** Wenn die Tariflohnabschlüsse Mindeststandards setzen, kann sich oberhalb der Tariflöhne eine markt-

gerechte Lohndrift bilden (Kasten). Das heißt: Je moderater die von den Tarifparteien verfolgte Lohnpolitik ausfällt, desto größer ist der finanzielle Spielraum für die Unternehmen, um besonders begehrten Fachleuten etwas oben draufzulegen. Deren Effektivlöhne steigen dann schneller als die Tariflöhne.

Allerdings hat dieses Verfahren für die Gewerkschaften einen Haken. Über die Zusatzprämien für qualifizierte Kandidaten wird in den einzelnen Betrieben entschieden – ohne die Tarifparteien. Die Gewerkschaften müssen also zuvor darauf verzichten, den lohnpolitischen Verteilungsspielraum voll auszuschöpfen. Damit haben aber einzelne Berufsgewerkschaften einen Anreiz, sich tarifpolitisch zu profilieren, indem sie für ihre Klientel möglichst viel herausholen.

2. Tarifansatz. Alternativ können die Tarifparteien vereinbaren, besonders begehrte Fachkräfte in spezielle Tariflohngruppen einzuordnen oder – wie bei Erzieherinnen – eigene Tabellen einzuführen. Doch auch diese Strategie hat einen Pferdefuß, stellt sie doch die solidarische Lohnpolitik der Gewerkschaften auf den Kopf.

Schon in der Vergangenheit konnten sich die Gewerkschaften einer marktgerechten Entlohnung jedoch nicht ganz verweigern:

- Im vergangenen Jahrzehnt haben sie die Zahlungsbereitschaft der Firmen aus-

Tarif- und Effektivlöhne: Die tariflichen Grundvergütungen und die Nebenvereinbarungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen) werden von den Tarifparteien ausgehandelt. Alles, was darüber hinausgeht, also was der Chef drauflegt, wird als Effektivlohn bezeichnet. Die Kurzarbeit allerdings mindert den Effektivlohn.

Lohndrift: Differenz zwischen Effektivlohnanstieg und Tariflohnanstieg.

geschöpft. Seit dem Jahr 2000 sind die Tariflöhne insgesamt um gut 19 Prozent gestiegen, und damit genauso stark wie die Effektivlöhne. Die Tarifabschlüsse stellen also über diesen Zeitraum hinweg die Obergrenze dar, was die Unternehmen für die Beschäftigten insgesamt zu zahlen bereit waren.

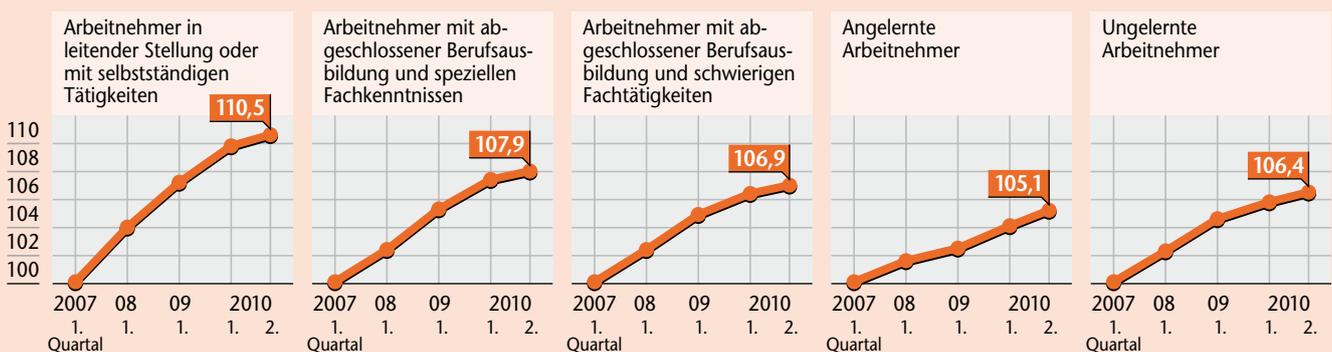
- Im aktuellen Konjunkturzyklus indes ist zu beobachten, dass sich die Effektivlöhne je nach Leistungsgruppe unterscheiden. Es wird also auf Knappheiten Rücksicht genommen (Grafik):

Arbeitnehmer mit Führungsaufgaben oder mit selbstständigen Tätigkeiten haben zwischen dem ersten Quartal 2007 und dem 2. Quartal 2010 einen Lohnzuwachs von 10,5 Prozent verbucht.

Angelernte oder ungelernete Arbeitnehmer mussten sich dagegen mit der Hälfte begnügen. Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung und schwierigen Fachtätigkeiten lagen im Mittelfeld.

Effektivlöhne: Höhere Qualifikation – mehr Geld

Regelmäßige Bruttostundenverdienste einschließlich Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Zuschlägen; 1. Quartal 2007 = 100



Estland

Euro-Beitritt in harten Zeiten

Estland wird am 1. Januar 2011 als 17. EU-Staat den Euro einführen. Von jenen zehn Ländern, die 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, ist der baltische Staat damit nach Slowenien, Malta, Zypern und der Slowakei der fünfte, in dem die gemeinsame Währung gilt. Die Aufnahme in den „Euro-Club“ befreit die Esten allerdings nicht von den Problemen, die die Wirtschaftskrise ausgelöst hat.

Im Mai 2010 gab Olli Rehn, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, grünes Licht für die Euro-Einführung in Estland. Die meisten Beitrittskriterien erfüllte der nördlichste Staat des Baltikums in der Tat spielend: So blieb das Haushaltsdefizit zuletzt stets unter der Marke von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die Staatsverschuldung von derzeit nur 8 Prozent des BIP ist in der EU konkurrenzlos niedrig. Zudem hatte die Regierung in Tallinn der Versuchung widerstanden, auf die Wirtschaftskrise mit einer Abwertung der estnischen Krone zu reagieren – stattdessen hielt sie den Leitkurs gegenüber dem Euro stabil, wie schon seit Jahren.

Die Europäische Kommission bescheinigte Estland ebenfalls die erforderliche Preisstabilität. Hierzu äußerte sich die Europäische Zentralbank allerdings weniger positiv – sie bezweifelt, ob der Trend zu einer geringen Teuerung nach-

haltig ist. Zwar waren die Verbraucherpreise im für den Euro-Beitritt entscheidenden „Prüfungszeitraum“ zwischen April 2009 und März 2010 um 0,7 Prozent gesunken. Doch noch im Jahr 2008 hatte die Inflationsrate fast 11 Prozent betragen; der darauffolgende Rückgang war im Wesentlichen dem heftigen Konjunkturéinbruch im Zuge der globalen Krise zuzuschreiben (Grafik):

Nachdem das reale Bruttoinlandsprodukt Estlands im Zeitraum 2000 bis 2007 im Jahresdurchschnitt real um über 8 Prozent gewachsen war, schrumpfte die Wirtschaft 2008 und 2009 um insgesamt mehr als 18 Prozent – das war der zweitstärkste Rückgang aller EU-Staaten.

Dies warf die 1,3 Millionen Esten auch in ihren Anstrengungen zurück, in Sachen Wirtschaftskraft zu den wohlhabenderen EU-Staaten aufzuschließen – das BIP je Einwohner sank von 69 auf 61 Prozent des EU-Durchschnitts.

Die Folgen der Rezession sind hart – im Schnitt des laufenden Jahres wird die Arbeitslosenquote voraussichtlich fast viermal so hoch sein wie 2007. Vor allem die Bauinvestitionen, die zuvor geboomt und 2006 und 2007 noch mehr als 21 Prozent zur Wirtschaftsleistung beigetragen hatten, wurden von der konjunkturellen Talfahrt mitgerissen – die Bauwirtschaft musste viele Arbeitsplätze abbauen.

Immerhin stehen die Zeichen inzwischen wieder auf Wachstum.

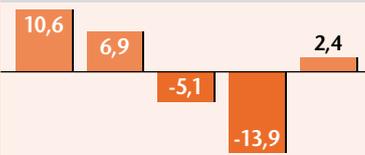
Nicht zuletzt, weil die Exporte um 14 Prozent zulegten, können die Esten für das Gesamtjahr 2010 auf ein reales BIP-Plus von 2,4 Prozent hoffen.

Für 2011, wenn auch die Binnennachfrage wieder anzieht, rechnet die EU-Kommission sogar mit einer um 4,4 Prozent steigenden Wirtschaftsleistung. Dann wird voraussichtlich auch die Arbeitslosenquote sinken – auf allerdings immer noch dramatisch hohe 15 Prozent.

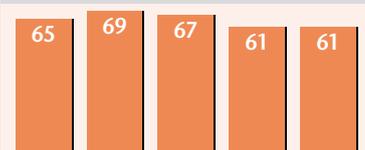
Estland: Von der Krise gebeutelt

2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010

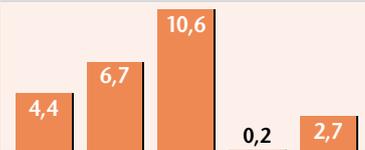
Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



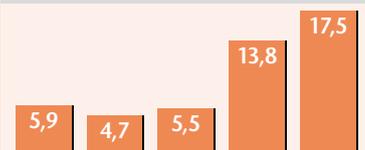
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner
EU-27 = 100



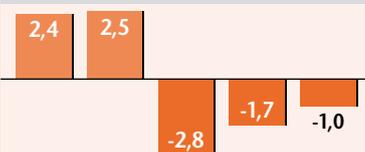
Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



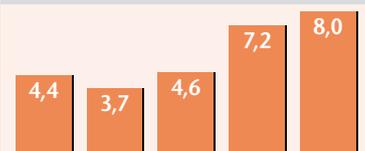
Arbeitslosenquote
in Prozent



Haushaltssaldo
in Prozent des BIP



Schuldenstand
in Prozent des BIP



2010: Prognose
Quellen: Europäische Kommission, Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Für Adressaufkleber